



Niederschrift

57. Plenarsitzung Gemeinderat (DHH-Beratungen 2019/20)
20. November 2018, 9 Uhr und
21. November 2018, 9 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

(...)

Antrag Nr. 337 (S. 267): Beschulung von unbegleiteten minderjährigen Ausländern – Ausgaben reduzieren (AfD)

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Selbe Begründung wie gestern, die Versprechungen der Bundesregierung. Frau Dr. Leidig, Sie hatten mich gestern wegen dieser Wortwahl kritisiert, es ist aber tatsächlich so, dass viele Menschen in Deutschland der Meinung sind, dass wir zu viele Flüchtlinge haben aufnehmen müssen in den letzten Jahren, dass sie sich Sorgen machen um die Zukunft unseres Landes, auch wenn Sie das ganz anders sehen. Für diese Leute ist es eine Versprechung der Bundesregierung, dass die Zahl der zu uns Kommenden zurückgeht. Diese Versprechungen gibt es. Auf dieser Basis müssen wir planen. Deswegen beantragen wir eine geringfügige Reduzierung dieses Postens.

Stadträtin Dr. Dogan (CDU): Die AfD hat gestern schon so einiges, gerade aufgrund ihrer Begründungen, von den anderen Fraktionskollegen anhören müssen. Sie wird es ertragen müssen, heute den Beitrag der CDU auch noch hören zu müssen, aus gutem Grund.

Man kann einzelne Projekte oder die Finanzierung von Projekten in Frage stellen. Man kann durchaus auch einmal nach der Sinnhaftigkeit von Projekten fragen, wenn man Bedenken hat, ob die sich denn tragen, ob die überhaupt angenommen werden und Erfolge erzielen. Was allerdings ein absolutes No-Go ist, ist die Art und Weise, dass man nach außen den Schein gibt, man wolle zur Haushaltskonsolidierung oder zur Einsparung im Haushalt beitragen. Man macht das dann aber nur in einem Bereich, indem man kategorisch und pauschal sämtliche Projekte, sämtliche Bereiche streicht, in denen es sich zufälligerweise um Flüchtlinge, um Ausländer, um Migranten handelt; gerade wenn es um Projekte geht wie Sprachförderung, das war gestern schon auf dem Tisch, oder hier um Beschulung. Um wen geht es hier? Hier geht es um Kinder, um Jugendliche, die unbegleitet in unserem Land sind und für die wir obhutspflichtig sind. Als Stadt haben wir eine kommunale Verantwortung. Wir üben das Sorgerecht aus. Das ist ein Verbund mit einer Verantwortung. Die kann man begrüßen, die kann man ablehnen, aber man muss sie wahrhaben und man muss sie wahrnehmen. Dazu ist man einfach verpflichtet, nicht nur rechtlich, sondern durchaus auch moralisch. Dazu gehört, dass man gewährleistet, dass diese Kinder und Jugendliche vom ersten Tag an, in dem sie sich in unserer Obhut befinden, auch die

Möglichkeit haben müssen, die Schule zu besuchen, Deutsch zu lernen und sich frühzeitig in unsere Gesellschaft einzugliedern und zu integrieren.

Es ist fadenscheinig, wenn die AfD permanent überall verbreitet, die Ausländer, die Kinder mit Migrationshintergrund sollen Deutsch lernen, die Sprache ist der Schlüssel zur Integration, und dann ausgerechnet solche Anträge stellt. Und dann noch – ich muss wirklich sagen – die Frechheit besitzt, den Artikel 3 zu missbrauchen, indem man sagt, hier würden Gruppen bevorteilt werden. Die Schulpflicht besteht für alle Kinder, mit deutschem Hintergrund, Migrationshintergrund, Flüchtlingskinder, bis zu einem gewissen Alter. Das ist einfach so. Da müssen allen in die Schule gehen. Dafür müssen wir die Voraussetzungen schaffen, dass sie die Schule auch besuchen können, dass sie auch die Möglichkeit haben zu lernen. Das einzige, das Sie mit dieser Aussage und der Berufung auf Artikel 3 – da bin ich bald an die Decke, als ich das gelesen habe - machen, Sie schüren bewusst und zielgesteuert Ressentiments in der Bevölkerung, indem Sie den Eindruck vermitteln, hier würde Ungleichheit geschaffen werden, hier würden Menschen irgendwie bevorzugt werden. Dem ist nicht so.

Das einzige, was diese pauschalen Streichanträge zeigen, ist eigentlich nur, wessen Geistes Kind sich dahinter verbirgt.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Jetzt möchte ich dazu einmal Stellung nehmen, auch zu den anderen Vorwürfen, die ich habe aushalten müssen. Sie reden alle immer von Streichungen. Wir haben überhaupt nichts gestrichen. Diese ganzen Dinge waren keine Streichungen, es waren Kürzungen.

(Zurufe, Heiterkeit)

Es waren keine Streichungen. Es hört sich so an, als hätten wir den ganzen Posten gestrichen, was nicht wahr ist. Es ist ein falscher Vorwurf. Wir haben auf der Basis der Informationen, die wir von unserer Bundesregierung haben, eine Kürzung dieser Posten vorgenommen, immer eine moderate aufgrund der Basis, dass wir davon ausgehen können, dass weniger Schutzsuchende, wie Sie sie nennen, Asylbewerber, wie wir sie nennen, zu uns kommen. Darauf muss man sich einstellen, wenn man eine solide Finanzplanung macht. Deswegen ist es unfair, uns immer Streichung vorzuwerfen. Es war eine Stellenreduzierung auf der Basis von dem, was wir von der Bundesregierung gesagt bekommen haben. Das möchte ich nur einmal dazu sagen.

Wenn ich gerade schon am Reden bin, möchte ich auch gleich eingehen auf den nächsten Tagesordnungspunkt. Denn da ist es so, dass wir per E-Mail angekündigt haben, dass wir den zurückziehen, weil es eine Sache ist, wo die gesetzliche Grundlage da ist, dass wir als Stadt diesen Punkt einplanen müssen. Da sind wir hier im falschen Gremium, wenn wir das in Frage stellen wollen. Deswegen ziehen wir das zurück.

Der Vorsitzende: Sie glauben einfach an das, was die Bundesregierung vorgibt. Das habe ich jetzt verstanden.

Stadtrat Fostiropoulos (Die Linke): Nur eine Bemerkung, weil es mich auch überrascht hat, dass die AfD das tut, was die Bundesregierung sagt. Sie rufen doch die ganze Zeit „Merkel muss weg“. Ich bin sehr überrascht.

Der Vorsitzende: Wir stimmen jetzt über Antrag Nr. 337 ab. Da geht es um die Kürzung bei der Beschulung von unbegleiteten minderjährigen Ausländern. – Das ist eine mehrheitliche **Ablehnung**.

(...)